

31.05.2016

## N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am Donnerstag, den 19. Mai 2016, im Sitzungszimmer des Rathauses**

---

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzende Birgit Kolb-Binder, Vorsitzende  
Stv. Bürgermeister Dirk Bohlen  
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen  
Ratsherr Johann Bunting als Stimmvertreter Ratsherr Adelmund  
Ratsherr Gert Kämper  
Ratsherr Olaf Sommer  
Ratsherr Sigurd Uecker

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Rainer Adelmund

Als Gast:

Ratsfrau Vanessa Schmidt

Bürgermeister Uwe Garrels  
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes  
Kämmerin Cornelia Baller  
Finanzleiterin Gabriele Ruffert  
Protokollführerin Katja Heimes

### **Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzende Kolb-Binder eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest

### **Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Es werden keine Anträge gestellt.

### **Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 22. Juni 2015**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 22.06.2015 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 22.06.2015 wird mit 4 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

### **Zu Punkt 5: Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung**

Entfällt!

## **Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Robin Kuper:

Herr Kuper verweist auf den Finanzplan der Schifffahrt und stellt die Frage, ob eine Verpachtung des Flugplatzes vorgesehen sei oder der Platz weiterhin unter eigener Bewirtschaftung betrieben würde.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass der Flugplatz derzeit über die Gemeinde betrieben wird und so im Finanzplan fortgeschrieben würde. Alles weitere unterliege Beschlüssen des Rates.

## **Zu Punkt 7: Wirtschaftsplan der Kurverwaltung der Inselgemeinde Langeoog (s. Vorlage Nr. VO16-121)**

Finanzleiterin Ruffert erläutert die Wirtschaftspläne der Kurverwaltung anhand einer Präsentation. Sie erklärt im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben, sowie im Erfolgsplan den aufgeführten Verlust. Die Sanierung des Erlebnisbades, sowie der Umzug der Therapie- und Wellnessrichtung werde in 2016 zu einem Verlust von ca. € 1,25 Mio. führen.

Auf die Frage von Ratsherrn Sommer nach den Honoraren für Fremdleistungen, führt Finanzleiterin Ruffert aus, dass hier die Leistungen der DLRG, des Wachschatzes und der Sportagentur enthalten seien.

Ratsherr Uecker möchte die Höhe des Verlustes wissen, wenn kein Verkauf des Spielhauses und keine Renovierung des Bades erfolgt wäre.

Finanzleiterin Ruffert teilt mit, dass der Verlust dann bei ca. € 250.000,00 liege.

Finanzleiterin Ruffert legt die Zahlen für 2017 dar. Hier sei für den Verkauf des Kur- und Wellnesscenters ein Ertrag von € 1,2 Mio. eingeplant und für die Sanierung des Bades € 500.000,00 bereitgestellt. Wie auch in 2016 seien 3 % Gehaltssteigerung und Abschreibungen eingeplant. Der Gewinn liege bei ca. € 488.000,00.

Stv. Bürgermeister Janssen stellt die Frage, wie das Ergebnis in 2017 wäre, wenn kein Verkauf des Kur- und Wellnesscenters, sondern der Umzug der Leistungen des Kur- und Wellnesscenters in das Bad wegfallen und eine neue Nutzung eingeplant würde.

Finanzleiterin Ruffert erklärt, dass die Kosten für die Badsanierung vom Vorjahr bestehen bleiben würden. In 2017 würden 1,2 Mio. Euro aus dem Verkauf des Kur- und Wellnesscenters fehlen. Der Verlust liege dann in 2017 dann bei ca. € 700.000,00. Die hohen Fixkosten des Kur- und Wellnesscenter mit über € 200.000,00 jährlich blieben allerdings bestehen und würden weiterhin den laufenden Haushalt belasten.

Ratsherr Kämper bringt vor, dass sich der Haushalt nur über Verkäufe finanziere.

Finanzleiterin Ruffert stellt richtig, dass es sich um die Finanzierung der Badsanierung handle.

Ratsherr Kämper fragt nach, wer die Verkäufe festlege. Seiner Meinung nach komme es auf die Verwertung des Gebäudes an. Zunächst müsse die Nutzung der Liegenschaften geklärt werden, die verkauft werden sollen. Ratsherr Kämper verweist auf eine nachhaltige Politik. Für die Investitionen müssten noch erhebliche Gelder generiert werden und er frage sich, wie weiter finanziert werden solle, wenn keine Liegenschaften mehr zum Verkauf vorhanden seien. Auch das Bad könne dann nicht unterhalten werden. Für das Sportzentrum sehe er keine Rentabilität und es würde ein neuer Verlustbringer erschaffen. Laut Tourismusmanager müsse das Sportzentrum über den Kurbeitrag finanziert werden.

Stv. Bürgermeister Janssen schließt sich den Ausführungen an und erklärt, dass auch die Mehrheitsgruppe weiteren Verkäufe kritisch gegenüberstehe. Das Kur- und Wellnesscenter könne einer anderen Nutzung wie z. B. als Tagungsraum für die Ärztetagungen genutzt werden. Er führt aus, dass alle Forderungen des Landes erfüllt wurden und die verlangten Verkäufe nicht benötigter Liegenschaften erfolgt seien. Zudem sei ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt worden.

Finanzleiterin Ruffert legt dar, dass das Kur- und Wellnesscenter ein Verlustbringer sei. Die Funktionen würden aber im Freizeit- und Erlebnisbad erhalten bleiben. Seitens der Kurverwaltung sei bisher nur das Spielhaus verkauft worden. Sie verweist auf die energetische Sanierung des Bades. Im Jahr 2020 laufe der Vertrag für das Blockheizkraftwerk aus. Jetzt bestehe die Chance in neue Energien zu investieren. Das Bad verbrauche derzeit ca. € 500.000,00 Energiekosten im Jahr. Die Verluste der Kurverwaltung konnten in den letzten Jahren auf € 350.000,00 gesenkt werden. Wenn die Kurverwaltung keine Verluste erzeuge, müsse die Gemeinde diese auch nicht übernehmen. Die Gelder vom Land seien dazu da, die Altlasten abzutragen. Sie erklärt weiter, dass bei einem Erhalt des Kur- und Wellnesscenters hier ebenfalls investiert werden müsse. Dies sei aus wirtschaftlicher Sicht nicht finanzierbar.

Bürgermeister Garrels ergänzt die Ausführungen, dass mehrfach über die laufenden hohen Kosten gesprochen wurde. Die Funktionen der Kurverwaltung sollten zusammengefasst und die Liegenschaften verringert werden um die Kosten zu senken. Es handle sich um ein zielgerichtetes Konzept. Für die Sanierung des Bades würden zusätzlich Kredite aufgenommen. Er erklärt, dass alle Tourismusbetriebe das gleiche Problem mit ihren Therapieeinrichtungen hätten und sich nun verkleinern würden. Die Gemeinde dürfe als Kommune keine Gewinne erwirtschaften. Der Verkauf des Gebäudes des Kur- und Wellnesscenters sei kein Verlust für die Bürger. Das Bad fungiere als zentrales Angebot für die Ferienwohnungen. Die geplanten Investitionen seien für einen Erhalt der Infrastruktur der nächsten 20 – 25 Jahre vorgesehen. Ein geplanter Verkauf der Spöölstuv könne entfallen, wenn das Gebäude des Kur- und Wellnesscenters einen hohen Verkaufserlös einbringe. Das Bad müsse jetzt saniert werden. Er erklärt, dass das Land zudem dargestellt haben wolle, wie die touristischen Kernaufgaben durch die Kurverwaltung selber finanziert werden können. Sicher sei auch an weitere Investitionen nächster Generationen zu denken. Bürgermeister Garrels berichtet von einem heutigen Besuch vom Landtagsabgeordneten Holger Heymann und der Bundestagsabgeordneten Karin Evers-Meyer. Er hoffe, dass diese beim Land ihren Einfluss geltend machen. Die Gemeinde habe für das Land viele Vorleistungen gebracht. Auch die Eigenbetriebe müssten sich selber tragen können.

Ratsherr Kämper weist darauf hin, dass das Haushaltssicherungskonzept der Mehrheitsgruppe noch mehr Verkäufe vorsehe. Er verweist auf den Verkauf der Personalwohnhäuser. Für das Kur- und Wellnesscenter würde sich sicher eine neue Verwendung wie z. B. Wohnungen oder ein Ärztehaus finden. Eine andere Verwertung würde die Wirtschaft Langeoogs schwächen. Der geplante Mietwohnungsbau sei noch nicht umgesetzt.

Ratsherr Uecker schließt sich den Ausführungen an. Der Haushalt sei seiner Meinung nach auf geplante Verkäufe aufgebaut. Er möchte wissen, wer festlege, welche Erträge die Häuser einbringen sollen. Die Verwaltung habe die Instandhaltung ihrer Immobilien nicht durchgeführt. Die Gelder und eine Gegenfinanzierung müssen vorhanden sein. Seiner Meinung nach sei die Verwaltung beim Land mit zu wenig Druck aufgetreten. Die Bedarfszuweisung sei immer noch nicht in Sicht, trotz Erhöhung der Gebühren und Steuern und des Kurbeitrages. Zu den Verkäufen müssten Alternativen vorgelegt werden.

Stv. Bürgermeister Janssen äußert, dass zunächst auf das Geld des Landes gewartet werden sollte. Im Anschluss könne die Kommune wieder Kredite aufnehmen. Bezüglich des Wohnungsbaus sei man in Gesprächen mit dem Land, das eine Förderung zugesagt habe. Für den Bau würde eine Wohnungsbaugesellschaft benötigt. Im Gegenzug sollen die alten Personalwohnhäuser verkauft werden. Es müsse klar sein, was mit den Liegenschaften ohne Verkäufe passieren soll

Bürgermeister Garrels erklärt, dass die Sanierung der Kurverwaltung und die damit verbundene Verringerung der Liegenschaften dazu diene den Investitionsstau abzubauen. Dann sei man wieder in der Lage regelmäßige Investitionen zu tätigen. Er weist darauf hin, dass nicht nur Verkäufe, sondern auch Käufe, wie z. B. das Feuerwehrgelände, erfolgen.

Stv. Bürgermeister Bohlen teilt mit, dass noch erheblicher Diskussionsbedarf bestehe. Die Mehrheitsgruppe habe zudem Beratungsbedarf über die Verwertung der Liegenschaften. Er beantragt den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben.

Ratsherr Kämper ist der Meinung, dass, wenn das vorherige Haushaltssicherungskonzept mit dem Verkauf des Haus der Insel fortgeführt worden wäre, inzwischen Gelder vom Land gezahlt worden wären.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass man sich an die Vorgaben des Landes gehalten und wie gefordert drei Liegenschaften veräußert habe. Welche Liegenschaft verkauft würde, sei für das Land nicht von Bedeutung. Nach Aussage von Herrn Behnke müsse für die Zahlung der kapitalisierten Bedarfszuweisung zunächst ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Bürgermeister Garrels fragt nach, wo noch Gesprächsbedarf bestehe und weist darauf hin, dass ein Beschluss für den Haushalt benötigt würde, da ansonsten keine der vorgesehenen Vorhaben umgesetzt werden dürften. Zudem würde ohne ausgeglichen gestalteten Haushaltsplan keine Bedarfszuweisung gezahlt.

Stv. Bürgermeister Bohlen verweist erneut auf den Beratungsbedarf. Man würde sich die Entscheidung nicht einfach machen, aber dem jetzigen Plan der Kurverwaltung könne so nicht zugestimmt werden. Er beantragt erneut den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben.

Ratsherr Kämper äußert, dass das Haushaltssicherungskonzept von der Mehrheitsgruppe vor zwei Jahren gekippt wurde und nun noch mehr Verkäufe und Steuererhöhungen vorgenommen würden.

Stv. Bürgermeister Janssen wendet ein, dass das Haushaltssicherungskonzept nichts mit der Mehrheitsgruppe zu tun habe. Das Haushaltssicherungskonzept komme von der Gemeinde und würde fortgeschrieben. Dem Land müsse die Entschuldung dargelegt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass das Haushaltssicherungskonzept seit 1988 mit den ersten Verlusten bestehe. Die Kommune sei zu einem Haushaltssicherungskonzept verpflichtet, bis ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werde. Die Gemeinde habe bisher immer die Verluste der Kurverwaltung übernehmen müssen. Dies sei gesetzlich vorgeschrieben.

In den zurückliegenden Jahren wurden mehrere Zielvereinbarungen geschlossen. Die bisherigen Verhandlungen dienen der Vereinbarung dieser abschließenden Zielvereinbarung zum Ausgleich des Haushaltes und der Liquiditätskredite. Die Gemeinde war verpflichtet ihren Anteil zum Abbau der Liquiditätskredite beizutragen. Dies war nur durch Veräußerungen möglich. Die Veräußerung des Deernshörn sei der letzte Teil der Zielvereinbarung, der durch die Gemeinde zu erfüllen sei. Das Land habe aufgrund der bisherigen Bemühungen bereits signalisiert, dass die Bedarfszuweisung nach Vorlage der Eröffnungsbilanz und des Jahresergebnisses 2015 in Höhe von 75 % der Liquiditätskredite ausgezahlt würde. In dem Gespräch mit dem Innenministerium wurden keine neuen Forderungen gestellt, sondern ein Nachweis für die Finanzierbarkeit der geplanten Maßnahmen und den Ausgleich des Haushaltes gefordert. Wenn der Ausgleich nicht dargestellt werden könne, müsse die Badsanierung zurückgestellt werden.

Finanzleiterin Ruffert erklärt, der Kurbeitrag dürfe nicht 100 % der Ausgaben finanzieren. Der sogenannte öffentliche Anteil in Höhe von 5 % (ca. € 200.000,00) müsse durch die Gemeinde getragen werden. Dieser Eigenanteil könne in den nächsten Jahren durch die Kurverwaltung getragen werden, da im Eigenkapital genügend Rücklagen zum Auffangen dieser Verluste gebildet wurden. Je höher die jährlichen Verluste der Kurverwaltung seien, desto eher werden diese Rücklagen aufgezehrt sein und die Gemeinde müsse die über den öffentlichen Anteil hinausgehenden Verluste wieder ausgleichen. Damit wäre der ausgeglichene Haushalt der Gemeinde nicht mehr gegeben.

Auf Antrag Stv. Bürgermeister Bohlen gibt der Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Angelegenheit mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

#### **Zu Punkt 8: Wirtschaftsplan der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog (s. Vorlage Nr. VO16-122)**

Finanzleiterin Ruffert erläutert den Wirtschaftsplan der Schifffahrt. Die Schifffahrt finanziere sich selbst und sei fast schuldenfrei. Sie berichtet über die geplanten Investitionen für den Neubau der Fußgänger- und Containerbrücken in Bensorsiel und auf Langeoog, den Bau einer Unterstellmöglichkeit auf dem Flugplatz, sowie diverse Investitionen in die Schiffe. Mittelfristig sei ein Hallenbau auf dem Bahnhofslagerplatz zur Unterstellung weiterer Fahrzeuge geplant.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die im Vorjahr eingeplante Erneuerung des Ladedecks für das Frachtschiff „Onkel Otto“. Jetzt sei die Investition nicht mehr eingestellt. Das Deck sei jedoch abgängig und müsse dringend erneuert werden.

Finanzleiterin Ruffert erklärt, dass die Erneuerung unter „Aufwand Unterhaltung Schiffe“ eingestellt sei.

Stv. Bürgermeister Janssen äußert, dass bei großen Anreisen zu wenig Koffercontainer vorhanden seien. Bei einer Neuanschaffung bittet er Container mit Antriebssystem vorzusehen.

Stv. Bürgermeister Bohlen verweist auf die geplanten Gelder für den Bau einer Toilette am Hafen und die Halle am Lagerplatz. Er bittet um Erläuterung, ob für den Fall, dass dafür kein Beschluss erfolge, die Gelder an die Gemeinde übertragen werden können.

Kämmerin Baller verweist bei Ausschüttungen an die Inselgemeinde auf die 15 % Kapitalertragssteuer, die dann anfalle.

Stv. Bürgermeister Janssen äußert, dass die Toilette am Hafen dringend erforderlich sei. Ferner habe die Schifffahrt viele Investitionen vor sich. Die Gelder müssen für Investitionen der Schifffahrt bleiben.

Stv. Bürgermeister Bohlen stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben.

Ratsherr Uecker verweist auf die 11 Mio. Euro Einnahmen der Schifffahrt, wogegen ein Gewinn von lediglich € 300.000,00 stehe. Er möchte die hohe Differenz erklärt wissen. Er fragt, ob eine Restrukturierung der Schifffahrt bedacht würde. Ihm würden hier die Informationen fehlen. Die Schifffahrt müsse modernisiert werden um an der Küste wettbewerbsfähig zu bleiben.

Finanzleiterin Ruffert erläutert den Erfolgsplan der Schifffahrt. Insgesamt werde für das Jahr 2015 ein vorläufiger Gewinn von € 1,1 Mio. erwirtschaftet. Sie verweist unter anderem auf die Erneuerung der Mannschaftsunterkünfte sowie die Erneuerung der Gleisanlagen, woraus sich letztendlich in 2016 noch ein Gewinn von € 300.000,00 ergebe. Sie führt weiter aus, dass in den Jahren 2017 und 2018 der Kauf neuer Lokomotiven eingeplant sei. Den im Vorjahr aufgeführten Neubau eines Schiffes habe sie in der Planung in das Jahr 2020 verschoben.

Stv. Bürgermeister Janssen erkundigt sich nach der Einsetzbarkeit der „Langeoog I“, deren Genehmigung auslaufen würde.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass die Genehmigung inzwischen nicht mehr bis 2018 begrenzt sei.

Auf Antrag Stv. Bürgermeister Bohlen gibt der Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Angelegenheit mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

**Zu Punkt 9: Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2016 (s. Vorlage Nr. VO16-123)**

Kämmerin Baller berichtet anhand einer Präsentation über den Haushaltsplan 2016. Sie erläutert den Stand der Entwicklung der Liquiditätskredite und der Darlehen. Sie teilt mit, dass trotz einem Gebührenaussgleich in der Abwasserbeseitigung, der Ausweitung des Angebotes im Jugendhaus, der Ausweitung der Kinderbetreuung in der Kindertagesstätte sowie der Reduzierung von Mieteinnahmen der Haushalt ausgeglichen sei. Sie teilt weiter mit, dass für das Jahr 2016 Verkaufserlöse in Höhe von € 1,1 Mio. eingeplant seien um die Investitionen gegenzufinanzieren.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass der Verkauf des Grundstückes an der katholischen Kirche und der Verkauf eines Grundstückes im Baugebiet „Westlich der Hafestraße“ geplant seien. Zudem sei angedacht Liegenschaften der Gemeinde, auch mit Mietern, sowie Grundstücke aus der Erbbaupacht zu verkaufen.

Kämmerin Baller legt dar, dass für 2017 der Verkauf des alten Feuerwehrgebäudes mit 1,1a Mio. Euro eingeplant sei.

Auf die Frage von Ratsherrn Uecker, wie der Wert des Verkaufes für das Feuerwehrgebäude festgelegt wurde, erklärt Bürgermeister Garrels, dass ein Quadratmeterpreis von € 1.000,00 zugrunde gelegt worden wäre.

Ratsherr Kämper möchte wissen, wer den Wert festsetzt.

Bürgermeister Garrels erläutert, dass dies eine Rechengröße der Verwaltung sei, der Rat letztendlich über die Ausschreibungsbedingungen beschließen.

Kämmerin Baller erläutert die getrennten Verfahren der Ausschreibung für die Feuerwehr. Ein Teil des Verkaufserlöses wird für den Neubau verwendet.

Die Frage von Stv. Bürgermeister Janssen, ob die Verkäufe ausschließlich den Investitionen dienen, bejaht Kämmerin Baller. Sie erklärt, dass der Investitionsstau aufgelöst werden müsse. Alle Verkäufe würden reinvestiert.

Kämmerin Baller trägt weiter über den Finanzhaushalt vor. Dieser zeige den tatsächlichen Geldfluss.

Ratsvorsitzende Kolb-Binder bedankt sich bei Kämmerin Baller und Finanzleiterin Ruffert für die ausführliche Arbeit.

21.45 Uhr: Ratsfrau Vanessa Schmidt verlässt die Sitzung.

Stv. Bürgermeister Bohlen verweist auf seine Nachfrage nach einem Controller und fragt nach dem Stand der Ausschreibung.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass für einen Controller Gelder im Haushalt eingestellt seien, der Rat den Antrag jedoch zurückgestellt habe.

Stv. Bürgermeister Bohlen bittet den Vorgang zu prüfen. An eine Rücknahme durch den Rat könne er sich nicht erinnern.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2016. Die Haushaltssatzung schließt im Ergebnishaushalt in den Erträgen mit € 5.985.200 und in den Aufwendungen mit € 5.819.300 sowie im Finanzhaushalt in den Einzahlungen mit € 8.393.300 und in den Auszahlungen mit € 8.598.500 ab. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von € 1.565.000 veranschlagt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf € 2.500.000 festgesetzt. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden jeweils auf 400 v. H. und der Hebesatz auf 380 v.H. festgesetzt.

Das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2015 bis 2019 wird beschlossen.

#### **Zu Punkt 10: Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept** (s. Vorlage Nr. VO16-124)

Kämmerin Baller erläutert die Fortschreibung und den Inhalt des Haushaltssicherungskonzeptes.

Stv. Bürgermeister Bohlen bringt vor, dass für den Bereich der Kurverwaltung noch Diskussionsbedarf bestehe und er daher auch hier den Antrag stelle, den Punkt ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben.

Ratsherr Sommer fragt nach den enorm gestiegenen Kosten für die Kindertagesstätte.

Kämmerin Baller erläutert die Kostensteigerung. Für die Mitarbeiter von Kindertagesstätten seien hohe Tarifabschlüsse erfolgt. Zudem seien die Betreuungszeiten ausgeweitet worden und eine weitere Integrationskraft erforderlich geworden.

Ratsherr Sommer fragt nach der Bezuschussung der Kindertagesstätte über den Landkreis Wittmund.

Bürgermeister Garrels legt dar, dass der Landkreis Wittmund als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Förderung von Kindern in Kindertagesstätten verpflichtet sei. Diese Aufgaben werden in Niedersachsen jedoch in Absprache mit dem Landkreis von den Kommunen übernommen und durch den Landkreis gefördert. Ab dem 01.01.2017 werde die Förderung auf eine andere Basis gestellt. Der Landkreis übernehme zukünftig pro Jahr pro Regelplatz, der pauschalisiert auf € 2.200,00 halbiert sei, 50 % = € 1.100,00 der Kosten.

Auf Antrag Stv. Bürgermeister Bohlen gibt der Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Angelegenheit mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

### **Zu Punkt 11: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**

1. Bürgermeister Garrels berichtet über ein heutiges Gespräch mit den Politikern Holger Heymann und Karin Evers-Meyer. Er habe die Bedarfszuweisung und die Zusage des Landes für Zuschüsse angesprochen. Ferner habe das Land signalisiert den Mietwohnungsbau auch für Personalunterkünfte zu fördern. Bürgermeister Garrels teilt mit, dass auch das Problem der Fahrinne angesprochen wurde. Er habe darum gebeten, dass Herr Heymann und Frau Evers-Meyer ihren Einfluss in der Landesregierung geltend machen.

### **Zu Punkt 12: Anregungen und Anträge**

- a) Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die Deichschau und ein Gespräch mit der Inhaberin der Meierei bezüglich der Nutzung der dortigen Toiletten durch Ausflugs Gäste. Im Jahr 2008 habe die Gemeinde mit Frau Falke eine Vereinbarung über eine Kostenbeteiligung für die Reinigung der Toiletten geschlossen. Die Gelder seien nie gezahlt worden. 2013 habe Frau Falke den Bürgermeister angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten. Frau Falke habe bis heute keine Rückmeldung erhalten.

Bürgermeister Garrels äußert, dass es eventuell seinerzeit entsprechende Gespräche gegeben habe, zu einem Vertrag sei es jedoch nicht gekommen. Zudem nehme Frau Falke für die Benutzung der Toilette eine Gebühr, worüber sie bereits einen Ausgleich habe.

### **Zu Punkt 13: Einwohnerfragestunde**

#### **Sven Klette:**

Herr Klette bringt vor, dass sein Geschäft in der Nähe des Kinderspielplatzes liege und die Besucher vielfach seine Restauranttoiletten aufsuchen. Auf dem Kinderspielplatz fehle eine Toilettenanlage, ansonsten sollte seines Erachtens die Toilette im Jugendhaus als öffentliche Toilette ausgewiesen werden.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass die neuen Pächter des Flughafencafés ihre Toilette für die Besucher des Kinderspielplatzes zur Verfügung stellen werden. Das Lokal sei zurzeit jedoch noch nicht wieder eröffnet. Danach erfolge ein Hinweis.

#### **Addi Fischer:**

Frau Fischer stellt die Frage, warum für den Besuch des Freizeit- und Erlebnisbades kein Eintritt verlangt würde.

Bürgermeister Garrels erläutert die Entscheidung für das Bad einen kostenlosen Eintritt anzubieten und die damit verbundene Erhöhung des Kurbeitrages. Ein Eintritt habe zur Folge, dass der Kurbeitrag wieder gesenkt werden müsse und mit weniger Besuchern zu rechnen sei. Man wolle das Bad intensiv genutzt wissen. Es handle sich um ein wichtiges Marketinginstrument für Langoog.

Addi Fischer:

Frau Fischer äußert, dass es wünschenswert wäre, wenn die Bevölkerung über die eventuellen Verkäufe der Liegenschaften der Gemeinde informiert würde.

Bürgermeister Garrels teilt mit, dass die Diskussionen in der Presse veröffentlicht würden und die angedachten Verkäufe in mehreren öffentlichen Sitzungen erklärt wurden.

Andreas Moselage:

Herr Moselage verweist auf die Bauarbeiten an der Hauptstraße, sowie die Arbeiten an der Kreuzung zum Fährhusweg. Die Baustelle sei nicht ordnungsgemäß abgesperrt. Er fragt, wann die Arbeiten abgeschlossen sein werden.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass seines Erachtens nach die Firma hervorragend gearbeitet habe. Die Arbeiten werden zum 31.05.2016 beendet sein.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt die Auskunft, dass die Strecke derzeit sicher schwierig sei. Die Alternative sei nur die Sperrung der Straße gewesen. Es handle sich um eine Aktion von zwei Tagen.

Herr Moselage weist darauf hin, dass die Straße zum Bahnhof stark versandet sei.

Ratsfrau Kolb-Binder erklärt, dass sich die Verwaltung darum kümmern werde.

**Zu Punkt 14: Schließung der Sitzung**

Ende: 22.10 Uhr

  
 \_\_\_\_\_  
 Uwe Garrels  
 Bürgermeister

  
 \_\_\_\_\_  
 Katja Heimes  
 Protokollführerin

  
 \_\_\_\_\_  
 Birgit Kolb-Binder  
 Ratsvorsitzende, Vorsitzende